

	<p align="center">SuedOstLink - BBPlG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a -</p> <p align="center">Abschnitt B Thüringen / Sachsen</p> <p align="center">Unterlagen gemäß § 21 NABEG</p>	
		<p>Das Vorhaben Nr.5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</p>
<p align="center">Teil A1.3 Erläuterungsbericht zum Deckblatt II DECKBLATT II</p>		
<p>Festgestellt nach § 24 NABEG</p> <p>Bonn, den</p>		

Ersteller: 50Hertz / Pranzas / Rachvoll

Dok.: SOL_ING_B0_21000_ELB_0001_Erlaeuterungsbericht-DB-II_00_F.docx

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis.....	3
Abbildungsverzeichnis.....	4
Anlagen	5
1 Einleitung.....	7
1.1 SuedOstLink.....	7
1.2 Einordnung der Unterlage	7
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments	7
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	8
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	8
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG	8
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG	8
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG	8
2.1.4 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach §22 Absatz 7 NABEG (Deckblatt I)	8
2.1.5 Erörterungstermin nach § 22 Absatz 6 NABEG.....	8
2.2 Rechtliche Grundlagen	9
3 Beschreibung der geänderten Planungen.....	10
3.1 Veranlassung	10
3.1.1 DBU Naturerbe GmbH.....	10
3.1.2 Entsiegelungsfläche Milda	10
3.1.3 Bauzeitenregelung Kiebitz	10
3.2 Kennzeichnung	10
3.3 Planungsänderungen	11
Abkürzungsverzeichnis	12

Tabellenverzeichnis

Nicht vorhanden

Abbildungsverzeichnis

Nicht vorhanden

Anlagen

Nicht vorhanden

In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

1 Einleitung

1.1 SuedOstLink

Der SuedOstLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a (südlicher Teil) gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung vom Netzverknüpfungspunkt Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

SuedOstLink besteht aus den Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a (südlicher Teil) BBPI, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SuedOstLink (Landkreis Börde bis Isar) umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenanlagen sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation. Nebenanlagen sind die Kabelabschnittsstationen (KAS), Kabelübergangsstationen (KÜS) und die Kabelmonitoringstationen (KMS) sowie Oberflurschränke. Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR). In Abschnitt A1 erfolgt in geringem Umfang auch eine Umsetzung als Freileitung mit den zugehörigen Anlagenteilen wie z. B. Freileitungsmasten.

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenanlagen. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein zeitnahe Tiefbau und Kabelzug.

Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 1ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument „Erläuterungsbericht zum Deckblatt II“ ist Bestandteil der geänderten Unterlagen gemäß § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 73 Absatz 8 VwVfG und §22 UVPG für SuedOstLink im Planfeststellungsabschnitt B.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung der zwischenzeitlich vorgenommen Planänderungen, die unter dem Deckblatt II zusammengefasst werden.

2 Genehmigungrechtliche Einordnung

2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG

Der VHT hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt B am 28.04.2023 und der Planänderung Deckblatt I am 28.03.2024 gemäß § 22 Absatz 7 NABEG bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) eingereicht.

2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG

Die BNetzA hat die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen gemäß § 21 NABEG geprüft und die Vollständigkeit am 30.05.2023 gegenüber dem VHT bestätigt. Die Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen zum Deckblatt I wurde gemäß § 22 NABEG geprüft und am 10.04.2024 bestätigt.

2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG

Die BNetzA hat nach Bestätigung der Vollständigkeit die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und der Öffentlichkeit vorbereitet. Die Unterlagen wurden den TÖB in digitaler Form jeweils auf einem Datenträger am 09.06.2023 zugesandt. Die TÖB wurden zugleich gemäß § 22 Absatz 2 NABEG zur Stellungnahme aufgefordert. Für die Rückmeldung der Stellungnahmen der TÖB an die BNetzA wurde eine Frist bis zum 18.08.2023 gesetzt. Einzelnen Trägern öffentlicher Belange wurde auf Antrag eine maximale Fristverlängerung bis zum 01.09.2023 gewährt.

Die BNetzA hat weiterhin gemäß § 22 Absatz 3 NABEG die Auslegung auf der Internetseite der BNetzA und in den örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht. Anschließend wurde die Auslegung der Planfeststellungsunterlagen für die Dauer von einem Monat ab dem 19.06.2023 zum Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung veranlasst, in dem die BNetzA die Unterlagen auf ihrer Internetseite (www.netzausbau.de) veröffentlicht hat. Die Auslegung erfolgte vom 19.06.2023 bis zum 18.07.2023. Nach dem Ende der Auslegung konnte gemäß § 22 Absatz 4 NABEG jede Person und Vereinigung, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, innerhalb von einem Monat schriftlich oder elektronisch bei der BNetzA Einwendungen gegen den Plan erheben. Die Frist endete am 18.08.23.

2.1.4 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach §22 Absatz 7 NABEG (Deckblatt I)

Mit Ablauf des Verfahrens; Einreichung des Plans und der Unterlagen nach § 21 NABEG; wurde der BNetzA durch den VHT eine Planänderung mitgeteilt. Die Einreichung Planänderung Deckblatt I erfolgte am 28.03.2024, die Vollständigkeit wurde durch die BNetzA am 10.04.2024 bestätigt. Im Anschluss erfolgte die Bekanntmachung zur Auslegung der Unterlagen gemäß § 22 Absatz 3 NABEG, zum Zweck der Öffentlichkeitsbeteiligung, für die Dauer von einem Monat, die vom 29.04.2024 bis zum 28.05.2024 auf der Internetseite (www.netzausbau.de) der BNetzA erfolgte. Nach dem Ende der Auslegung konnte gemäß § 22 Absatz 4 NABEG jede Person und Vereinigung, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, innerhalb von einem Monat schriftlich oder elektronisch bei der BNetzA Einwendungen gegen den Plan erheben.

Für die Rückmeldung der Stellungnahmen der TÖB an die BNetzA wurde eine Frist bis zum 12.06.2024 gesetzt. Einzelne Träger öffentlicher Belange haben Stellungnahmen nach Fristende 12.06.2024 eingebracht, die von der BNetzA ausgeschlossen und somit durch den VHT nicht erwidert wurden. Aufgrund der Relevanz für die Planfeststellung wurde den TÖBs die Möglichkeit gegeben, ihre Stellungnahmen auf dem Erörterungstermin, zu besprechen.

2.1.5 Erörterungstermin nach § 22 Absatz 6 NABEG

Im Planfeststellungsverfahren zum Abschnitt B hat die Bundesnetzagentur ein Anhörungsverfahren durchgeführt. Die rechtzeitig erhobenen Äußerungen erörterte die Bundesnetzagentur mit dem VHT, den Trägern öffentlicher Belange und denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben. Hierzu wurde am 09.07.2024 in Schleiz ein Erörterungstermin gemäß § 22 Abs. 5 i.V.m. § 10 NABEG durchgeführt. Die eingereichte Planänderung Deckblatt I vom 28.03.2024 war gleichfalls Gegenstand der Anhörung. Die hier eingereichte Planänderung Deckblatt II vom 30.08.2024 basiert zum Teil auf Äußerungen, die seitens von DBU Naturerbe GmbH in Abstimmung mit dem Bundesforstbetrieb Thüringen-Erzgebirge zur Optimierung von Kompensationsmaßnahmen in das Planfeststellungsverfahren eingebracht worden sind.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Der SuedOstLink (SOL) besteht aus dem Vorhaben Nr. 5 BBPIG sowie dem südlichen Bestandteil des Vorhabens Nr. 5a BBPIG. Aufgrund der Kennzeichnung als länderübergreifende Leitung im BBPI fällt der SOL gem. § 2 Abs. 1 NABEG in den Anwendungsbereich des NABEG. Die BNetzA ist nach § 1 Nr. 1 PlfZV zuständig für das Planfeststellungsverfahren.

Werden bereits ausgelegte Unterlagen geändert und wird dadurch eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 UVPG notwendig, sind § 22 Abs. 1 bis 6 NABEG gem. § 22 Abs. 7 Satz 1 NABEG nach Maßgabe von § 22 Abs. 7 Satz 2 bis 4 NABEG anzuwenden.

Erfordert die Änderung des ausgelegten Plans keine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 22 UVPG, richtet sich das Verfahren nach § 73 Abs. 8 VwVfG. Die Regelungen in § 76 VwVfG i.V.m. § 18 Abs. 5 NABEG i.V.m. § 43d EnWG sind vorliegend nicht einschlägig. Nach § 76 Abs. 1 VwVfG bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens, wenn vor Fertigstellung des Vorhabens der festgestellte Plan geändert werden soll. Dies ist vorliegend nicht der Fall; der Plan für den Abschnitt B des SOL ist noch nicht festgestellt.

3 Beschreibung der geänderten Planungen

3.1 Veranlassung

Im Zuge der Detailplanung sind im Abschnitt B nachfolgend gelistete Maßnahmen gegenüber den ursprünglichen und eingereichten Planfeststellungsunterlagen überarbeitet worden.

- Flächenverschiebung Maßnahmen der DBU Naturerbe GmbH (Maßnahmen A/E 27 sowie E 31)
- Entsiegelungsfläche Milda (Maßnahme A/E 24)
- Bauzeitenregelung Kiebitz (Maßnahme V_{AR} 8)

3.1.1 DBU Naturerbe GmbH

In Abstimmung mit der DBU Naturerbe GmbH wurde die Maßnahme A/E 27 „Naturnaher Waldumbau Himmelsgrund“ in der Liegenschaft Himmelsgrund Flst. 337, Flur 5, Gemarkung Tautenhain; Flst. 29/4, Flur 2, Gemarkung Reichardtsdorf; Flst. 25/1, Flur 9, Flst. 26/2, Flur 8, und Flst. 2/3, Flur 3, Gemarkung Rüdersdorf entsprechend den genannten Flurstücken angepasst. Hiermit wird sich die Lage der Maßnahmenflächen A/E 27 innerhalb der Naturerbe-Fläche Himmelsgrund räumlich geringfügig verschieben. Die Lage der Teilflächen befinden sich weiterhin im Saale-Holzland-Kreis (Gemeinde Tautenhain) sowie im Landkreis Greiz (Gemeinden Kraftsdorf und Bad Köstritz). Das Flurstück Gemarkung Tautenhain, Flur 5, Flurst.40, wird zusätzlich beansprucht, dieses befindet sich aber im Grundeigentum der DBU Naturerbe GmbH. Der Flächenumfang erhöht sich mit der Änderung von 26.490 m² auf 30.430 m².

Weiterhin wurde die Maßnahme E 31 „Heideentwicklung Pöllwitzer Wald“, Flst. 2480, 2502/1 und 2503/1, Flur 21, Gemarkung Pöllwitz in Abstimmung mit der DBU Naturerbe GmbH optimiert. Die geplante Heideentwicklung soll auf den Flst. 257/2, Flur 4, Gemarkung Göttendorf, und Flst. 2520, Flur 21, sowie Flst. 2527, Flur 22, in der Gemarkung Pöllwitz erfolgen. Damit verschiebt sich die Lage der Maßnahme E 31 gleichfalls innerhalb der Naturerbe-Flächen im Pöllwitzer Wald.

Gegenüber der ursprünglichen Planung ergeben sich nachfolgende Änderungen: Die Verschiebung erfolgt innerhalb des Pöllwitzer Waldes. Die Lage aller Teilflächen befindet sich im Landkreis Greiz (Gemeinde Zeulenroda-Triebes). Die Flurstücke Gemarkung Göttendorf, Flur 4, Flurstück 257/2, Gemarkung Pöllwitz, Flur 21, Flurstück 2520 sowie Flur 22, Flurstück 2527 werden neu in Anspruch genommen. Diese befinden sich alle im Grundeigentum der DBU Naturerbe GmbH. Der Flächenumfang von ursprünglich 90.000 m² reduziert sich auf 86.720 m². In der Gesamtbilanz ergibt sich jedoch aufgrund einer Überbilanzierung aus der Antragsfassung kein Defizit.

Die DBU Naturerbe GmbH wie auch die zuständigen Naturschutzbehörden haben ihr Einvernehmen mit den geänderten Maßnahmen schriftlich erklärt.

3.1.2 Entsiegelungsfläche Milda

Die Maßnahme A/E 24 "Rückbau Stallanlage Milda sowie Entwicklung von Grünland" kann aufgrund eigentumsrechtlicher Belange vom VHT nicht umgesetzt werden. Allerdings weisen andere Maßnahmen des Maßnahmenkonzeptes einen ausreichenden Kompensationsüberschuss auf, um den vorhabenbedingten Kompensationsbedarf, welcher bisher durch die Maßnahme A/E 24 "Rückbau Stallanlage Milda sowie Entwicklung von Grünland" erzielt werden sollte, vollständig zu kompensieren (Ersatz). Daher kann auf die Maßnahme A/E 24 verzichtet werden.

3.1.3 Bauzeitenregelung Kiebitz

Im Maßnahmenblatt zum LBP ist bei der Vermeidungsmaßnahme V_{AR} 8 „Bauzeitenregelung bei besonders sensiblen Bereichen“ zur Bauzeitenregelung für den Kiebitz eine fehlerhafte Angabe enthalten, die auf einem redaktionellen Fehler beruht. Richtigerweise ist der Zeitraum für die möglichen Bautätigkeiten von Mitte August bis Mitte März, also außerhalb der Brutzeit des Kiebitzes, festzulegen.

3.2 Kennzeichnung

Im Rahmen der Planänderung des Deckblattverfahrens II werden verschiedene Unterlagen angepasst. In den Unterlagen sind die Änderungen in Blau markiert.

3.3 Planungsänderungen

Die durch die Änderungen betroffenen Planfeststellungsunterlagen sind in den Teilen A, D, F, H und I aufgelistet. Im Rahmen der Vorprüfung wurden Muster, die die Planänderung darstellen, übermittelt. Zudem wurden alle Unterlagen der Planänderung in einer Unterlagennachverfolgungsliste der Bundesnetzagentur übermittelt

Zusammenfassung

Die beantragten Planänderungen umfassen im Wesentlichen Angaben bzw. Festlegungen in den Maßnahmenblätter zum LBP sowie der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung. Die damit einhergehenden Änderungen wurden gleichfalls in den UVP-Bericht und den LBP übertragen. Darüber hinaus ist eine Korrektur im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag erforderlich.

Diese Änderungen basieren zum Teil auf Äußerungen und Stellungnahmen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens. Dabei handelt es sich zum einen um optimierende Maßnahmen zum naturnahen Waldumbau (A/E 27) sowie zur Heideentwicklung (E 31), zum anderen kann aufgrund einer fehlenden eigentumsrechtlichen Sicherung eine Kompensationsmaßnahme nicht umgesetzt werden. Eine weitere Änderung betrifft einen redaktionellen Fehler, der hiermit korrigiert wird. Mit den beantragten Änderungen sind keine maßgeblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter gemäß UVPG verbunden. Das Auslösen neuer Betroffenheiten ist hiermit nicht gegeben.

Abkürzungsverzeichnis

50Hz	50hertz Transmission GmbH
µT	Microtesla
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AC	Bezeichnung für Wechselstrom (engl. alternating current)
AFB	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
AT	Arbeitstage
B0	Abschnitt B
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BBPI	Bundesbedarfsplan
BFP	Bundesfachplanung
BNetzA	Bundesnetzagentur
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CEF	Continuous Ecological Functionality, vorgezogene Ausgleichsmaßnahme i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG
dB	Dezibel (Verhältniszahl)
dB(A)	Schalldruckpegel, Messgröße zur Bestimmung der Stärke von Geräuschpegeln
DC	Gleichstrom (engl. direct current)
DIN	Deutsche Industrie-Norm
DIN	EN Standard für Vereinheitlichung (Deutsches Institut für Normung)
DTK	Digitale Topografische Karte
DVGW	Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e. V.
DWA	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.
DWA-A	DWA-Arbeitsblatt
DWA-M	DWA-Merkblatt
EE	Erneuerbare Energien
EG	Europäische Gemeinschaft
EK	Erdkabel
EN	Europäische Norm
EU	Europäische Union
FFH	Flora-Fauna-Habitat
FL	Freileitung
fTK	festgelegter Trassenkorridor
Gw	Grundwasser
GW	Gigawatt (1.000.000.000 W), Einheit der elektrischen Leistung
GWK	Grundwasserkörper
GZ	Grünlandzahl
ha	Hektar
HDD	Horizontalspülbohrverfahren (engl. horizontal directional drilling)
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
HV	High Voltage (dt. Hochspannung) vergleiche HVAC / HVDC
HVAC	High Voltage Alternating Current (Hochspannungswechselstrom)
HVDC	High Voltage Direct Current (Hochspannungsgleichstrom)
Hz	Hertz, Einheit für die Frequenz
i.S.v.	im Sinne von
KAS	Kabelabschnittsstation
kf-Wert	Durchlässigkeitsbeiwert
km	Kilometer

KMS	Kabelmonitoringstation
KSR	Kabelschutzrohr
KÜS	Kabelübergangsstation
kV	Kilovolt (1.000 V)
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LED	Leuchtdiode (engl. Light-emitting diode)
LfA	Landesamt für Archäologie Sachsen
m	Meter
MLM	Mindestlichtmaß
mm	Millimeter
mT	Millitesla (Einheit der magnetischen Flussdichte)
MW	Megawatt
Natura2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Natura 2000 umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der EU-Vogelschutzrichtlinie. Kohärentes Netz besonderer Schutzgebiete innerhalb der EU (FFH- und SPA-Gebiete).
NEP	Netzentwicklungsplan
NHN	Normal-Höhen-Null
OWK	Oberflächenwasserkörper
PCI	Projects of Common Interest - Vorhaben von gemeinsamem Interesse
PF	Planfeststellung
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PFV	Planfeststellungsverfahren
Ril	Richtlinie
RL	Rote Liste
SOL	SuedOstLink
t	Tonnen
TLDA	Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie
TWh	Terawattstunde
UR	Untersuchungsraum
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
V	Volt
VHT	Vorhabenträger
VO	Verordnung
VT	Vorzugstrasse
WSG	Wasserschutzgebiet
Ziff.	Ziffer